



## Öffentliche Sitzung

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Dr. Schem begrüßt die Anwesenden und weist auf die Einhaltung der Hygienevorgaben zum Schutz gegen das Corona-Virus hin.

Herr Dr. Schem stellt den form- und fristgerechten Versand der Tagesordnung sowie die satzungsgemäße Beschlussfähigkeit des BKB fest. Ohne Ergänzungen wird die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

Herr Dr. Schem verpflichtet Frau Rehorst als Stellvertretung für Herrn Borgert.

-.-.-

### Zu Punkt 1

### Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung des Bielefelder Klimabeirates am 01.03.2021

Herr Potthoff schlägt vor, dass die Abstimmungsergebnisse des BKB künftig mit genauer Angabe der Anzahl der befürwortenden Stimmen, der Gegenstimmen und der Enthaltungen in der Niederschrift aufgeführt werden. Frau Möller informiert, dass es möglich sei, das Abstimmungsverhalten in der Niederschrift vollständig abzubilden. Die Mitglieder signalisieren ihre Zustimmung.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

#### Beschluss:

**Die Niederschrift über die Sitzung des Bielefelder Klimabeirates vom 01.03.2021 (Nr. 5) wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

### Zu Punkt 2

### Berichte aus dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

Herr Dr. Schem berichtet, dass die vom BKB am 01.03.2021 vorgeschlagene Verwendung des Klimabudgets 2021 am 23.03.2021 vom AfUK beschlossen wurde. Frau Möller ergänzt, dass die Informationen zum Projekt KlimaNetze 2.0. bereits im AfUK vorgetragen wurden und in der heutigen Sitzung bei TOP 5 auch gegenüber dem BKB vorgestellt werden. In der Sitzung des AfUK am 27.04.2021 sei die Treibhausgasbilanzierung der Interargem GmbH vorgestellt worden. Für die MVA Bielefeld ergebe sich ein Wert von circa 1 Tonne CO<sub>2</sub> pro verbrannter Tonne Abfall.

Weitere inhaltliche Berührungspunkte der vergangenen AfUK-Sitzungen zum BKB gebe es nicht.

- Kenntnisnahme -

---

**Zu Punkt 3**      **Mitteilungen**

Keine Mitteilungen

- Kenntnisnahme -

---

**Zu Punkt 4**      **Anträge**

**Zu Punkt 4.1**      **Änderung des Handlungsprogramms Klimaschutz der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1479/2020-2025

Frau Karenfort stellt den von „Fridays for Future“ verfassten Antrag vor. Aktuelle Studien beschrieben, dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland bereits 2035 erreicht werden müsse, um die Verbindlichkeiten des Klimaabkommens einzuhalten. Dieses Ziel solle Bielefeld deswegen in seinem Handlungsprogramm festschreiben.

Herr Meyer zu Stieghorst äußert, dass zudem definiert sein müsse, was passiere, wenn das Ziel nicht erreicht würde. Herr Potthoff unterstützt diese Fragestellung und ergänzt, dass die EU bereits an der Verschärfung der Ziele arbeite. Zudem frage er sich, auf welche Sektoren in Bielefeld überhaupt Einfluss genommen werden könne und ob es dann einen überkompensatorischen Einfluss auf eben diese Sektoren gebe, wenn in anderen Bereichen bzgl. der CO<sub>2</sub>-Bilanz wenig verbessert werden könne. Zudem fehle ein Plan zur Erreichung der Ziele.

Herr Dr. Franzen beschreibt, dass es sich in der Politik um ein übliches Verfahren handle, bei Nicht-Erreichung von Zielvorgaben die Darlegung von Gründen und die benötigte Frist zur Erreichung der Ziele bei der verantwortlichen Instanz abzufragen.

Herr Schwarz ist der Meinung, dass dieses Ziel im Bereich der Wohnungswirtschaft absehbar nicht leistbar ist. Trotzdem werde er dem Antrag zustimmen. Herr Dr. Schem bekräftigt den Ansatz, sich hohe Ziele zu stecken, um Maßnahmen dadurch vehementer umsetzen zu können.

Frau Rehorst stimmt zu, dass es wichtig sei, ambitionierte Ziele zu setzen. Es fehle aus ihrer Sicht an Informationen bezüglich der benötigten Maßnahmen und an einer realistischen Einschätzung zu deren Finanzierung.

Herr Upmeyer zu Belzen verdeutlicht mit der Gegenüberstellung von CO<sub>2</sub>-reduzierender Extensivierung der Landwirtschaft auf der einen Seite aber der Notwendigkeit gleichbleibend hohen Ertrags auf der anderen Seite, dass das verschärfte Ziel im Sektor Landwirtschaft wahrscheinlich nicht erreichbar sei. Er halte es für wichtig, dass gesetzte Ziele auch erreichbar seien und werde sich deshalb bei der Abstimmung enthalten.

Herr Dr. Kammerer erklärt, dass die Erreichung der CO<sub>2</sub>-Neutralität bis zum Jahr 2035 sicher nicht konfliktfrei ablaufen kann. Deshalb sehe er für alle Sektoren die Notwendigkeit, Maßnahmen zu benennen und zur Diskussion zu stellen. Es müsse zwischen den Interessengruppen ein Rechtfertigungsdruck entstehen. Ein mindestens zweijährliches Monitoring und die Einbeziehung der Öffentlichkeit gehöre ebenso zum Diskurs dazu.

Frau Willner plädiert ebenfalls dafür, sich ambitionierte Ziele zu setzen, zumal das Handlungsprogramm Klimaschutz der Stadt Bielefeld an die Ziele des Bundes angelehnt sei und dieser die Frist zur Erreichung der Emissionsziele bereits von 2050 auf 2045 korrigiert habe. Es gehe nicht um die Frage, ob die Gesellschaft sich die Erreichung der Ziele leisten könne. Stattdessen „müsse“ sie sich dies leisten, weil keine anderen Optionen blieben.

Nach dieser Aussprache ergeht folgender

**Beschluss:**

**Der Bielefelder Klimabeirat empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz mit Nachdruck, das im Handlungsprogramm Klimaschutz der Stadt Bielefeld festgehaltene Ziel der Klimaneutralität bis 2050 entsprechend auf 2035 anzupassen.**

- mit großer Mehrheit bei drei Enthaltungen und zwei Gegenstimmen beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 4.2**

**Förderung der ÖPNV- und Fahrradnutzung bei Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1471/2020-2025

Herr Dr. Franzen beschreibt, dass großes Potenzial und Nachholbedarf bestehe, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei der Wahl nachhaltiger Verkehrsmittel zu unterstützen.

Herr Potthoff stelle sich zwar auch die Frage, warum die Situation so sei, wie Herr Dr. Franzen sie darstelle, möchte mit seiner Stimme aber nicht in innerbetriebliche Abläufe eingreifen.

Frau Reher erläutert, dass eine erst kürzlich angepasste tarifrechtliche Formulierung die Entgeltumwandlung für andere Zwecke als ausschließlich für die Altersvorsorge möglich mache. In der Folge seien z.B. Fahrradleasingmodelle nach ihrem Kenntnisstand nun auch in der öffentlichen Verwaltung rechtlich möglich.

Damit fasst der BKB folgenden

### **Beschluss:**

**Der Bielefelder Klimabeirat empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zu beschließen:**

- 1. Die Verwaltung der Stadt Bielefeld wird beauftragt, die Unterstützung der ÖPNV- und Fahrradnutzung durch die Beschäftigten der Stadt Bielefeld und der Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist, weiterzuentwickeln. Dabei sollen die steuerrechtlichen und tarifvertraglichen Spielräume ausgenutzt werden.**
- 2. Es sollen Anreize wie steuerbefreite Zuwendungen oder Leasingmodelle für ein Job-Rad angeboten werden.**
- 3. Die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Fahrradnutzung wie wettergeschützte Abstellanlagen, Duschen und Umkleieräume sollen verbessert werden.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 5**

### **KlimaNetze 2.0/ KlimaTriebwerk**

#### **Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer:

Frau Lübker von der Geschäftsstelle KlimaNetze 2.0. und dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH (ILS) stellt anhand einer Präsentation das Projekt Klima-Netze 2.0/ KlimaTriebwerk vor. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem öffentlich einsehbar.

Herr Beyer erkundigt sich nach der anvisierten Vereinsgründung und rät dazu, rechtzeitig Kontakt zum Finanzamt aufzunehmen, um die Hürden zur Erreichung der Gemeinnützigkeit möglichst gut zu überwinden.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

## Zu Punkt 6

### **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Frau Möller berichtet zur Verwendung des Klimabudgets 2021. Für die die Solarförderung seien die Anträge im Umfang der festgelegten Gesamthöhe von 50.000 € innerhalb von 7 Tagen gestellt worden. Dazu seien Förderungen von 54 Dach-PV-Anlagen und 4 Stecker-Solaranlagen bewilligt worden. Durch Lieferschwierigkeiten am Markt und Kapazitätsengpässe bei Handwerkerleistungen sei eine Anpassung der Förderrichtlinie nötig gewesen, um den Antragstellenden eine verlängerte Frist zur Umsetzung einzuräumen.

Herr Dr. Schem erklärt, der BKB solle eine Verstärkung der Solarförderung erneut anregen.

Weiter führt Frau Möller aus, der Trinkwasserspender im Bereich des Grünzugs „Bultkamp“ sei noch nicht installiert, werde aber konkretisiert. Es gebe eine Vereinbarung mit den Stadtwerken Bielefeld bezüglich der Übernahme der Betriebskosten. Für die drei weiteren Trinkwasserzapfstellen, die aus dem Klimabudget 2021 finanziert werden können, bestehe der Kontakt mit dem Amt für Verkehr, um die Installation in laufende Baustellenplanungen einzubeziehen.

Die Förderung von außerschulischen Bildungsangeboten sei in 2021 bisher nicht abgefragt worden, dies könne an der Corona-Situation liegen.

Zur Teilnahme der Stadt Bielefeld am Netzwerk „Bio-Städte“ werde am 01.06.2021 eine Beschlussvorlage der Verwaltung in den AfUK eingebracht.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

## Zu Punkt 7

### **Ausblick auf die nächste(n) Sitzung(en)**

Herr Dr. Schem erinnert, dass ein Restanteil des Klimabudgets 2021 seitens des BKB noch nicht mit einer Empfehlung zur Verwendung versehen wurde. Vorschläge dazu könnten zur nächsten Sitzung eingereicht werden.

Frau Möller regt an, einen TOP „Ideensammlung für die Verwendung des Klimabudgets 2022“ auf die Tagesordnung der Sitzung des BKB im September zu setzen, so dass daraus eine beschlussreife Empfehlung zur BKB-Sitzung im November resultieren könne. Die Mitglieder des BKB werden aber bereits in Vorbereitung auf die Sitzung im September geben, möglichst konkrete Vorschläge zur Verwendung des Klimabudgets 2022 zu entwickeln, um diese Vorschläge in der kommenden Sitzung zu beraten.

Die Sitzungen des BKB in der zweiten Jahreshälfte seien für den 15.09.2021 und 04.11.2021 terminiert.

Darüber hinaus verweist Frau Möller auf den nach § 4 der Satzung des BKB im 1. Quartal in den AfUK einzubringenden Evaluationsbericht zur Arbeit des BKB. Umfang und Inhalte eines solchen Berichts nach der erst kurzen und durch die Pandemie eingeschränkten Arbeitsphase des BKB könnten in der kommenden Sitzung des BKB thematisiert werden.

Einigen Mitgliedern erscheint die Berichterstattung verfrüht. Frau Möller betont, dass ein frühzeitiger Austausch auch die Gelegenheit biete, Erfolge sowie Bedarfe zur transportieren und zukünftig erforderliche Entwicklungen aufzuzeigen.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

## **Zu Punkt 8**      **Verschiedenes**

Frau Möller gibt zur Kenntnis, dass die Presse regelmäßig die Einladungen zu den Sitzungen des BKB erhalte.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

---

Dr. Michael Schem  
(Vorsitzender)

---

Anke Egging  
(Schriftführerin)